

4. Das Recht auf Respekt in allen Lebensaltern verwirklichen!

4.1 Wie beabsichtigen Sie, kompetente Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangebote zu sichern, um gezielt Benachteiligungen abzubauen und LSBTI-Jugendliche gegen Vorurteile und Anfeindungen zu unterstützen?

Union



„Aufgabe der Schule ist es insbesondere, aufzuklären und nützliche Informationen bereitzuhalten. Das gilt für grundlegende Kenntnisse über Sexualität sowie für die Vermeidung von Gefahren und Gefährdungen durch ungefilterte Darstellungen in den digitalen Medien. Dabei sollte jedoch die Wirksamkeit der schulischen Thematisierung von Sexualität nicht überschätzt werden.“

Für den schulischen Unterricht spricht, dass er alle erreicht. Abgesehen davon können sich die Jugendlichen neben der Schule selbst informieren. Es gibt zahllose, auch anonyme Beratungsstellen und sehr gute Ratgeber, die das Thema in seiner ganzen Breite darstellen.“

SPD



„Der Bund selbst kann grds. keine lokalen Beratungsangebote aufbauen bzw. nachhaltig fördern. Das verbietet die Bundeshaushaltsordnung.“

Allerdings wurden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen von Zuwendungen und Kooperationen vielseitig Projekte zur Beratung, Aufklärung und gegen Vorurteile unterstützt.

So fördert das BMFSFJ u.a. das Jugendnetzwerk „Lambda e.V.“, die Erstellung eines Leitfadens zur psychosozialen Beratung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen und ihren Angehörigen des pro familia Bundesverbandes und das bundesweite Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien - Erfordernisse und Potenziale in professioneller Begleitung“ Ihres Verbandes. Die ebenfalls vom BMFSFJ geförderte Hauptstudie „Coming-out ... und dann?!“ liefert erstmals eine Vielzahl wichtiger Erkenntnisse über Lebenssituation, Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen (LSBT*) und stellt für uns somit eine wichtige Grundlage für die Identifizierung weiterer Handlungsbedarfe dar.

In allen 16 Ländern gibt es, größtenteils mit Unterstützung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des BMFSFJ, Beratungsstellen für Betroffene rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, homosexuellen- und transfeindlicher sowie islamfeindlicher Vorfälle zur Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen solcher Taten und zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Betroffenen. Die Mittel für „Demokratie leben!“ wurden im Laufe der letzten Legislaturperiode verdreifacht. Im Rahmen dieses Programms werden auch neun Projekte zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie sowie ein Verband gefördert. Die Projekte laufen von 2015 bis 2019. Eingereicht werden konnten Förderanträge zu Projekten, die zur Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen beitragen, Vorurteile abbauen helfen und sich gegen Diskriminierung und Gewalt auf Grund von Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung richten.

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Da lokale Initiativen und Einrichtungen, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen, eine gesicherte Finanzierung und verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, halten wir eine bundesgesetzliche Grundlage in Form eines Demokratiefördergesetzes für unverzichtbar und dringend notwendig. Deshalb hat die frühere Bundesministerin Schwesig bereits im August 2016 einen Entwurf für ein Demokratieförder- und Extremismuspräventionsgesetz vorgelegt. Leider blockiert die Union seitdem das Verfahren. Wir werden weiter an diesem Vorhaben festhalten, um die Projektförderung zu intensivieren und zu stabilisieren.

Nicht zuletzt wollen wir gute Rahmenbedingungen im Sport schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren überwinden helfen, die Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie etwas entgegensetzen oder die in anderer Form den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern. Denn Sport bietet Gelegenheiten, in unterschiedlicher Weise Vielfalt zu fördern – das gilt auch und vor allem für Jugendliche.“

Linke



„Die Bildungs- und Aktionspläne der Länder sind fortzuführen und sie müssen in allen Bundesländern implementiert werden. Hier steht der Bund in der Pflicht zu garantieren, dass der Flickenteppich nicht weiter existiert. Die 2009 von Rot-Rot in Berlin gestartete Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akezpetanz sexueller (und geschlechtlicher) Vielfalt“ hat bundesweit Schule gemacht. DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangeboten ein. Nachholbedarf besteht besonders in der Verzahnung der Angebote im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung und den Gedanken der Intersektionalität.“

Grüne



„Die Situation von lesbischen, schwulen, bi-, trans* und intersexuellen Jugendlichen ist nach wie vor schwierig. Ob im Elternhaus oder in der Schule und auch im öffentlichen Raum – Diskriminierungserfahrungen gehören für sie zum Alltag. Immer noch sind sie Ausgrenzung, Pöbeleien und auch Gewalt ausgesetzt trotz vielfacher gesellschaftlicher Veränderungen und Verbesserungen von rechtlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere brauchen wir für Menschen aller Altersklassen und vor allem Jugendliche einen Ausbau der Coming-Out Beratung. Zudem fordern wir eine bundesweite Aufklärungskampagne speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen zu starten, die in jugendgerechter Form über die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten informiert sowie bezüglich Homo- und Transphobie sensibilisiert. Zudem wollen wir geschlechtliche Vielfalt und Diversity in den Lehr- und Bildungsplänen für Schulen und die frühkindliche Bildung – falls noch nicht geschehen – fest verankern. Wir treten dafür ein, dass Schulbücher und andere Schulmedien die Vielfalt sexuellen Identitäten und Familien widerspiegeln anstatt wie bisher oft LSBTI totschweigen. Und nicht zuletzt wollen wir Beratungsangebote ausbauen und die Kinder- und Jugendhilfe dazu zu verpflichten, dass sie auch bei der Entwicklung der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität den Kindern unterstützend zur Verfügung steht.“

FDP



„Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Förderung der Selbsthilfe sowie konkrete Maßnahmen in der Bildung ein, um gegen Homo- und Transphobie anzukämpfen. Wir halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Fremdenhass. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten.

Die Stiftung setzt sich für die bundesweite Koordination und Qualitätssicherung von Schulaufklärungsprojekten zu Homosexualität ein und unterstützt Forschung zur Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus und der frühen Bundesrepublik.

Mit der bundesweiten Förderung des Diversity Managements wollen wir uns außerdem der Diskriminierung am Arbeitsplatz entgegenstellen. Denn Diversity Management fördert eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor Vielfalt. So schafft es mehr Selbstbestimmung und sorgt für eine Förderung von Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung oder ethnischer Herkunft. Diesen Ansatz halten wir Freie Demokraten für geeigneter als Quotenregelungen, weil er die gesamte Belegschaft mit einbezieht. Große Unternehmen haben hier schon Erfahrungen gesammelt. Diese sollen in Form von Best-Practice-Dialogen vom Wirtschaftsministerium auch im Mittelstand propagiert werden. Das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ soll außerdem in der beruflichen Bildung verankert werden.

AfD

(Keine Antwort)



Legende

